

Zeitschrift: Frei denken : das Magazin für eine säkulare und humanistische Schweiz

Herausgeber: Freidenker-Vereinigung der Schweiz

Band: 101 [i.e.] 102 (2019)

Heft: 3: Ungelöst : Staat und Religion

Artikel: "Politik fürs Diesseits"

Autor: Abgottspon, Valentin

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1091468>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 07.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«Politik fürs Diesseits»

Valentin Abgottspon – im Vorstand der Freidenker-Vereinigung der Schweiz zuständig für das Ressort Politik – zieht vor den eidgenössischen Wahlen eine politische Bilanz der letzten Jahre.

VON VALENTIN ABGOTTSPON

Die Freidenker-Vereinigung der Schweiz verhält sich parteipolitisch neutral. Politisch sind wir aber trotzdem. Man kann «Politik» im engeren Sinn definieren als «alles, was Regierung, Steuern, Gesetze usw. betrifft». Man kann «Politik» aber auch als «alles, was die Angelegenheiten unseres Gemeinwesens, also unser Zusammenleben betrifft», verstehen. Im letzteren Sinne sind fast alle unsere Aktivitäten politisch.

Die meisten Angelegenheiten, welche im engeren politischen Sinne das Verhältnis von Staat und Kirchen betreffen, fallen in die Zuständigkeit der Kantone. Oft reagieren Sektionen der FVS eigenständig auf aktuelle Diskus-

sionen, manchmal wird auch der Zentralvorstand in kantonalen Angelegenheiten aktiv. Die Zentrale hat innerst der letzten vier Jahre beispielsweise – jeweils in Koordination mit den zuständigen Sektionen – Vernehmlassungsantworten im Kanton Luzern bezüglich Kirchensteuerpflicht juristischer Personen geschrieben oder bezüglich der Neuordnung des Finanzausgleichs der Kirchgemeinden des Kantons Solothurn. Auf nationaler Ebene haben wir Vernehmlassungsantworten zur Organisation von «Jugend und Sport» verfasst, welche teils fundamentalistisch-religiöse Gruppierungen mitfinanzierte. Auch zum Thema «Ehe für alle» haben wir uns unlängst verlauten lassen. Teils reagierten wir auch auf tagesaktuelle politische Diskussionen,

sei dies nun eine allfällige Anerkennung des Islams als «Landeskirche», seien dies Fragen der Seelsorge in Gefängnissen oder Spitäler. Wir haben auch auf das Treffen des Bundesrates mit dem römisch-katholischen Papst eine Reaktion gezeigt, als dieser die Schweiz besuchte. Viele unserer Aktivitäten versuchen wir per Medienmitteilung breiter bekannt zu machen oder als Mitteilung an unsere Mitglieder zu dokumentieren. Trotzdem bleibt viele – auch im engeren Sinne politische – Arbeit im Hintergrund. Diese Arbeit ist meiner Meinung nach aber nicht weniger wertvoll, nur weil sie von der Öffentlichkeit nicht wahrgenommen werden kann. Sie bleibt ein Dienst an der Gesellschaft und eine Dienstleistung für viele Individuen. Unser Einsatz für

bedrohte säkulare Aktivistinnen und Aktivisten im Ausland beispielsweise läuft fast ausschliesslich im Hintergrund ab.

Der Sektion Nordwestschweiz gelang es unlängst, gemeinsam mit anderen Organisationen und Parteien, das Referendum dagegen zu ergreifen, dass zukünftig der Staat die Kirchensteuer einziehen wird. Die Abstimmung selber ging leider verloren. Allerdings waren in der Abstimmung viel mehr Menschen auf unserer Seite, als es die Abstimmung zur Vorlage in der kantonalen Legislative befürchten liess. Ein solches Missverhältnis besteht leider immer noch oft: Grosse Teile der Bevölkerung identifizieren sich mit unseren Forderungen, Ansichten und Anliegen. Trotzdem packen Politikerinnen und Politiker sowie unangenehm viele Parteien das Thema einer klareren Trennung von Staat und Kirche nicht offensiv genug an. Diesbezüglich müssen wir noch einige Überzeugungsarbeit leisten.

Säkularismus als Wahlargument

In einigen Politikerhirnen geistern noch Klischees wie «Die Kirche bewirkt doch fast ausschliesslich Gutes!» oder «Die Kirche hat eine unersetzbare Rolle im Bereich der Ethik innen!» herum. Ich vermute jedoch, dass viele Politikerhirne gar keine echten Träger dieser Fehlinformationen sind, sondern dass es um schlichte Wahlaktik geht: Man mag es sich halt nicht verscherzen mit den Religionsgemeinschaften sowie den diffus-religiösen und krass-religiösen Teilen der Wählerschaft. Es ist unsere Aufgabe, Politikern und Politikerinnen beizubringen, dass es für sie keine Ge-

fahr mehr darstellt, dezidiert säkulare Positionen zu vertreten, sondern dass sie im Gegenteil dadurch einiges gewinnen können. Auch rein praktisch, in Wählerstimmen ausgedrückt. Wir dürfen da nicht allzu naiv sein. So funktioniert die Politik im engeren Sinne hält oft. Es geht nicht immer darum, wer die besseren Argumente hat, sondern leider oft darum, was oder wer mehr Stimmen einbringt.

Fortschritte im Gesellschaftlichen

In einigen Bereichen, wie bei den Rechten am Lebensende oder bei der Fristenlösung, ist der Status quo insgesamt erfreulicher: Das Recht auf ein möglichst selbstbestimmtes Lebensende ist gesellschaftlich und rechtlich einigermassen etabliert. Die Fristenlösung wird fast nur noch von religiösen Fundamentalisten (und auch einigen Fundamentalistinnen) grundsätzlich infrage gestellt. Ich will hier nicht allzu optimistisch formulieren. Auch bei diesen Themen gibt es noch einiges zu tun und es gilt immer wieder, drohende Rückschritte zu bekämpfen.

Im November 2018 haben wir an der Sitzung des Grossen Vorstands eine Resolution zur Abschaffung des Blasphemieverbots verabschiedet. Wenig später wurde ein ähnlich lautendes Anliegen im Nationalrat vorgebracht. Der Bundesrat formulierte in seiner Antwort allerdings etwas bequem, dass er keinen Handlungsbedarf sehe.

Am 2. März 1980 kam die eidgenössische Volksinitiative «betreffend die vollständige Trennung von Staat und Kirche» zur Abstimmung. Bei einer Stimmabteilung von etwa 35 Prozent erhielt die Initiative schweizweit

bloss 21,1 Prozent Ja-Stimmen. Selbst in den laizistischen Kantonen Genf und Neuenburg lag der Anteil der Ja-Stimmen nicht über 36 Prozent. Falls dieselbe Vorlage heute oder in zehn Jahren noch einmal vors Volk käme, scheint mir ein Misserfolg immer noch wahrscheinlicher als ein Erfolg. Aber selbst in Appenzell Innerrhoden müssten mittlerweile mehr als jämmerliche 3,8 Prozent Ja-Stimmen drinliegen.

Die Zeit arbeitet für uns

Unsere Botschaft über Kampagnen und Aktivitäten immer wieder an die offenen Ohren der Leute zu tragen, ist sehr wichtig. Denn extrem viele Menschen befinden sich schon längst auf Distanz zur Religion, ganz besonders zu jeder Form von organisierter, institutionalisierter Religion.

Vergessen wir die Kleinigkeiten nicht: Im weiteren Sinn ist auch unser Angebot der humanistischen Rituale politisch. Indem wir religiös indifferenten Menschen zeigen, dass es in sämtlichen Lebensbereichen ohne Gott, Kirche und Religion geht, tragen wir sehr konkret zu einem gesellschaftlichen Wandel bei. Politik beginnt oft im konkreten Alltag, beginnt im Kopf zu wirken und dringt später über den Mund, über eine Tastatur oder per Wahlentscheidung nach aussen. Dazu können auch kleine Schritte gehören, wie sich öffentlich zu seiner Religionslosigkeit zu bekennen. «Ich bin Freidenker und ich gehe wählen.» Auch das kann wirken.

Die Zeit arbeitet zwar für uns. Aber das alleine reicht nicht. Wir danken euch dafür, dass ihr mithelft!